

Magazin für humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit



MIGRATION UND ENTWICKLUNG

In der Hoffnung auf ein besseres Leben verlassen tagtäglich Menschen ihre Heimat. Armut und Perspektivlosigkeit sowie Gewalt und bewaffnete Konflikte sind die wichtigsten Gründe dafür, dass Menschen migrieren, ihre Familien zurücklassen und sich oftmals auf eine gefährliche und riskante Reise begeben.

EDITORIAL

Liebe Freundinnen und Freunde,

Migration entwicklungsorientiert gestalten! So lautet die etwas sperrige Forderung vieler entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen im Vorfeld des „Globalen Forums für Migration und Entwicklung“, einer Konferenz der UN-Mitgliedsstaaten, die Ende Juni in Berlin stattfindet und auf der ein nicht bindendes Abkommen, der sogenannte Global Compact, verabschiedet werden soll.

Das eigentliche Ziel heißt, die Lebenssituation aller Menschen weltweit so zu verbessern, dass Migration das Ergebnis freier Entscheidungen ist und nicht länger Folge mangelhafter Lebens- und Entwicklungsperspektiven. Dazu gehört auch, dass legale Migrationswege geschaffen werden und dass Migrationspolitik nicht nur noch unter sicherheitspolitischen Aspekten verhandelt wird.

Im Projektalltag erleben wir gerade das Gegenteil: Unser Kooperationspartner SOS MEDITERRANEE und andere im Mittelmeer tätige Seenotrettungsorganisationen müssen sich derzeit nicht nur in Italien den Vorwurf gefallen lassen, dass sie durch ihre Anwesenheit die Menschen dazu ermutigten, die Überfahrt nach Italien zu wagen. Dabei ist das Mittelmeer derzeit die Grenze mit den meisten Todesfällen weltweit.

Als Hilfsorganisation der Arbeiterwohlfahrt werden wir weiterhin nicht wegschauen und unserer humanitären Pflicht nachkommen, alles zu tun, um Menschenleben zu retten.



Herzlichst,
Ihre

Ingrid Ulles

Ingrid Leberherz
Geschäftsführerin

TITELBILD

Bei unserem Besuch bei den solidarischen Familien in Bethel an der mexikanischen Grenze treffen wir Carlos. Der 23-Jährige ist alleine und ohne Geld auf dem Weg in die USA, um dort Arbeit zu finden und damit seine Familie zu unterstützen.



3 SCHWERPUNKT

Migration und Entwicklung

4 SÜDASIEN • BANGLADESCH

„Menschenhändler suchen arme Leute aus“

6 MITTELAMERIKA • GUATEMALA

Ursachen und Folgen von Migration

8 SÜDOSTASIEN • PHILIPPINEN

Das Leid philippinischer Haushaltshilfen

9 HUMANITÄRE HILFE • NEPAL

Wiederaufbau und Katastrophenvorsorge

10 HUMANITÄRE HILFE • UGANDA

Hungerkrise in Afrika: Hilfe für Geflüchtete

11 KINDER- UND JUGENDFONDS

Kinder- und Jugendinitiativen in Zentralamerika

12 GLOBALES LERNEN

Neue Bildungsperspektiven für Flucht und Migration

13 KURZ NOTIERT





MIGRATION UND ENTWICKLUNG

Das Global Forum on Migration and Development, eine Konferenz der UN-Mitgliedsstaaten, findet dieses Jahr zum zehnten Mal statt. 2017/18 teilen sich Deutschland und Marokko den Vorsitz. Diesen Juni trifft sich die Welt in Berlin. Parallel zu den Regierungskonsultationen tagt vom 29. Juni bis zum 1. Juli die internationale Zivilgesellschaft auf den sogenannten Civil Society Days. AWO International ist dort mit Karin Eder, der Leiterin unseres Regionalbüros in Guatemala, als Delegierte vertreten und ermöglicht auch Vertreter*innen von Partnerorganisationen, die in unseren gemeinsamen Projekten den Fokus auf sichere Migration und den Schutz vor Menschenhandel in Mittelamerika und Südasien richten, die Anreise nach Berlin.

Migration ist ein weltweites Phänomen und hat im Zuge der Globalisierung enorme Dimensionen angenommen. Laut Angaben der Vereinten Nationen leben etwa 244 Millionen Menschen als Migrant*innen fernab ihrer Heimat. Das entspricht einer Steigerung von 41 Prozent in den letzten 15 Jahren. 65 Millionen Menschen sind Geflüchtete – von denen wiederum ca. 1 Million in Deutschland Schutz gesucht haben. Man sieht an diesen Zahlen, dass Arbeitsmigrant*innen – in der politischen Debatte oft diskreditiert als „Wirtschaftsflüchtlinge“ – den weitaus größten Teil der Migrationsbewegungen ausmachen und Europa nur einen Bruchteil von ihnen aufnimmt: Vorwiegend findet Migration zwischen den Ländern des Südens statt.

Flucht und Migration sind oft gar nicht voneinander zu trennen. Dennoch möchte die Bundesregierung das Thema Flucht auf dem bevorstehenden Global Forum gerne komplett ausblenden und sich auf „reguläre Migration“ konzentrieren. Dabei verwehrt sich gerade Deutschland Möglichkeiten „regulärer Migration“: Ein Einwanderungsgesetz, das legale Wege des Zugangs in den deutschen Arbeitsmarkt regelt, gibt es nach wie vor nicht, obwohl dies längst aus demografischen Gründen geboten wäre. Hätten denn die 1 Million Geflüchteten 2015 überhaupt eine andere Chance, als politisches Asyl oder die Anerkennung als Flüchtling im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention zu beantragen? Langwierige und kostspielige Verfahren der individuellen Prüfung auf ein humanitäres Bleiberecht werden durchgeführt, anstatt Zuwander*innen nachhaltig und effektiv in Wirtschaft und Gesellschaft zu integrieren – ein ökonomischer Irrsinn, basierend auf tradierten ideologischen Scheuklappen.

So weigert sich Deutschland, die bereits 1990 beschlossene und 2003 in Kraft getretene UN-Wanderarbeiterkonvention, die bis 2017 von 49 UN-Mitgliedsstaaten ratifiziert wurde, völkerrechtlich anzuerkennen und umzusetzen, obwohl dort nur minimale Vereinbarungen zum Basisschutz der Menschenrechte von Arbeitsmigrant*innen und ihren Familien getroffen wurden. Statt wohlklingende Konzeptpapiere zu veröffentlichen und zu Verhandlungen über einen Global Compact on Migration einzuladen, der letztendlich nur freiwillige, aber völkerrechtlich nicht bindende Selbstverpflichtungen der beteiligten Staaten beinhaltet, wäre es ein Leichtes, hier ein konkretes Zeichen zu setzen. Es wäre ihrer Gastgeberrolle auf dem Global Forum on Migration and Development mehr als angemessen, würde sich die Bundesregierung endlich zu diesem Schritt durchringen und ihre Blockadehaltung überwinden.

Weltweit werden die Menschenrechte von Migrant*innen mit Füßen getreten. Gemeinsam mit unseren Partnerorganisationen im Süden setzen wir uns für ihre Rechte ein. Anlässlich des bevorstehenden Weltgipfels zu Migration und Entwicklung in Berlin stellen wir Ihnen in dieser weitblick-Ausgabe einige unserer aktuellen Migrationsprojekte vor.

Frank Roger



Unsere Partnerorganisationen leisten Aufklärungsarbeit zum Thema sichere Migration und Menschenhandel in Gemeinden, Schulen und weiteren Einrichtungen.

„MENSCHENHÄNDLER SUCHEN ARME LEUTE AUS“

Mit Wachstumsraten von durchschnittlich 6 Prozent in den vergangenen 20 Jahren boomt die Wirtschaft in Bangladesch. Doch das Wachstum steht auf wackligen Füßen: Die Folgen des Klimawandels treffen das Land besonders schwer, die Bevölkerung zieht in die ohnehin schon überfüllte Hauptstadt Dhaka – oder migriert auf die Großbaustellen in die Golfstaaten. Dabei werden viele Opfer von Menschenhändler*innen und Schmugglerbanden. Gemeinsam mit lokalen Organisationen arbeitet AWO International daran, dass Menschen über Migrationsrisiken informiert, nach ihrer Rückkehr integriert und vor Menschenhandel geschützt werden.

Mit seinen über 160 Millionen Einwohner*innen auf einer vergleichsweise geringen Fläche von 147.570 km² zählt Bangladesch zu den zehn meist- und dichtbevölkertsten Ländern der Erde. Zwar ist der Boden des Landes äußerst fruchtbar, doch nehmen durch den Klimawandel intensivierete Naturkatastrophen kontinuierlich zu und zerstören ganze Landstriche. Die Lebensgrundlage von Millionen Menschen ist täglich gefährdet. Immer mehr Menschen verlassen deshalb ihre Heimat und siedeln sich in Dhaka an. Schon seit Jahren kann die Regierung den Zuzug nicht kontrollieren, sodass die Stadt schneller wächst, als die nötige Infrastruktur bereitgestellt werden kann.

Neben der hohen Binnenmigration zieht es zudem unzählige Menschen nach Malaysia oder in die Golfstaaten. Dort arbeiten sie unter katastrophalen Bedingungen auf den Baustellen der Öl-Staaten. Zurück bleiben Alte, Frauen und Kinder. In den letzten Jahren hat der Menschenhandel enorm zugenommen. Viele Teile der Grenze sind kaum zu kontrollieren, sodass sie ein Hochrisikogebiet für Menschenhandel darstellen. Mit unserer Partnerorganisation Rights Jessore führen wir seit 2015 ein Projekt entlang der indischen Grenze zum Thema sichere Migration und Menschenhandel durch.



Infomaterial zum Schutz vor Menschenhandel.

„Die Menschhändler suchen sich bewusst arme und wenig gebildete Familien aus, um sie unter falschen Angaben und Versprechungen von der Migration ins Ausland zu überzeugen“, berichtet Moniruzzaman Siddique von unserem Partner Rights Jessore. Mädchen aus armen Familien werden besonders häufig entführt, zwangsverheiratet oder Opfer von Menschenhandel und enden in den Bordellen der indischen Metropolen Kalkutta, Delhi oder Mumbai. Für staatliche Stellen ist es schwer, aktiv gegen die Banden vorzugehen, da die Opfer keine Papiere besitzen. Die jungen Frauen stehen unter einem immensen psychischen Druck und trauen sich nicht, gegen ihre Peiniger*innen auszusagen.

Rechtsberatung und Aufklärung zum Schutz vor Menschenhandel

„Viele Opfer haben Angst, ihre Erfahrungen vor Gericht zu bringen. Die staatlichen Stellen sind mit dem mentalen Stress und der Stigmatisierung von zurückgekehrten Überlebenden überfordert. Über 40 Prozent der Geretteten gehen schon nach kurzer Zeit wieder ins Ausland oder werden erneut Opfer von Menschenhandel“, so Moniruzzaman. Zwar gibt es auf nationaler Ebene die „Task Force on Rescue, Repatriation, Rehabilitation and Integration“, aber auf kommunaler Ebene bleibt ihre Wirkung gering und zivilgesellschaftliche Organisationen treten für den Schutz von Opfern des Menschenhandels ein.

Mit unserem Projekt entlang der indischen Grenze möchten wir soziale Strukturen in den Kommunen aufbauen und fördern, die sich schützend vor die (potenziellen) Opfer stellen. Gemeinsam mit Rights Jessore informieren wir staatliche Institutionen,

besonders Schulen und Grenzpolizist*innen, über die Tricks und Methoden der Schmugglerbanden oder gehen gemeinsam Hinweisen zur Rettung und Repatriierung von nicht erfolgreichen Migrant*innen nach. Eine wichtige Rolle bei der Prävention von Menschenhandel nehmen die Moscheen ein: Imame informieren in ihren Gemeinden über die Gefahren und appellieren, einander zu schützen. Zusätzlich arbeiten wir mit Psycholog*innen und Anwalt*innen zusammen, um den Betroffenen Beistand zu leisten und sie im Vorgehen gegen ihre Schmuggler*innen zu unterstützen.

Einkommen schaffende Maßnahmen

Da Aufklärung alleine nicht die ökonomische Situation der Menschen verbessert, werden im Rahmen des Projekts zusätzlich Einkommen schaffende Maßnahmen gefördert. Auf die individuellen Stärken zugeschnittene Berufsbildungsprogramme ermöglichen die Reintegration und bieten eine neue Lebensgrundlage.

„Nur wenn wir den Menschen Alternativen bieten und die sozialen Strukturen in der Gemeinde funktionsfähig sind, haben wir eine Chance, den Menschenhändler*innen entgegenzutreten. Das Projekt setzt genau an diesem Punkt an. In den vergangenen zwei Jahren konnten wir mehr als 100 junge Frauen und Männer in ihren Gemeinden reintegrieren“, ergänzt Moniruzzaman. Dann klingelt erneut sein Mobiltelefon mit der Notfallhotline. „Ich muss los. Wir haben gerade ein neues Opfer in einem unserer Frauenhäuser untergebracht.“

Manuel Palz



V.l.n.r.: Reina Elvira und Carlos, Catalina von ECAP, Martina mit ihrer Tochter und Don Pantoleon.

URSACHEN UND FOLGEN VON MIGRATION

MITTELAMERIKA • GUATEMALA

Bis zu 400 000 Menschen aus Zentralamerika überqueren jährlich die mexikanische Grenze als irreguläre Migrant*innen. Die meisten kommen aus Guatemala, Honduras und El Salvador. Sie fliehen vor Armut, Perspektivlosigkeit und Gewalt. Sie hoffen, in den USA Arbeit zu finden, um ihre Familien zu unterstützen. Dabei nehmen sie zahlreiche Risiken in Kauf. Ein Besuch in unseren Migrationsprojekten in Guatemala.

Als wir in der Schule im Bezirk El Molino in der Gemeinde San Martín ankommen, um Catalina von unserer Partnerorganisation ECAP zu treffen, ist der Workshop zum Thema Menschenrechte schon voll im Gange. 40 Frauen und unzählige Kinder sind im Klassenraum versammelt. Erst lauschen sie den Ausführungen zum Thema Menschenrechte, anschließend erarbeiten sie in kleinen Gruppen Antworten: Was sind die Probleme in unserer Gemeinde? Was sind unsere Rechte? Warum migrieren so viele Menschen aus unserer Gemeinde und was können wir dagegen tun?

In den Herkunftsgemeinden

„Die Anzahl der Migrierenden in San Martín ist besonders hoch“, erzählt Catalina. „Heute ging es darum, die Bedürfnisse der Gemeinden zu identifizieren, damit sich die Teilnehmerinnen bewusst werden, was die Ursachen von Migration sind.“ In den Gesprächen wird deutlich, dass es kaum eine Familie gibt, die nicht von Migration betroffen ist: Der Mann, die Tochter, der Sohn, fast jede*r hat mindestens eine*n Verwandte*n, die*der migriert ist oder es versucht hat – meist illegal.

Martina* nimmt regelmäßig an den Treffen der Frauengruppe teil und erzählt uns ihre Geschichte: „Mein Sohn ist letztes Jahr in die USA ausgereist. Ich habe 45 Tage nichts von ihm gehört. Dann haben sich die Entführer gemeldet. Wir mussten Geld bezahlen, damit er weiterkann. Nach 61 Tagen ist er endlich angekommen. Für eine Mutter ist das so schwierig“, sagt sie mit stockender Stimme, „aber wir haben keine andere Möglichkeit. Ich habe zwei Kinder mit Behinderungen. Wir müssen die Therapien bezahlen.“ Für ihren Sohn gab es hier keine Arbeit. Er ging auch, um seine Familie zu unterstützen. Für viele ist Migration notwendig und alltäglich geworden, die Bedeutung und die Folgen werden ausgeblendet: für die Migrierenden, die sich unzähligen Gefahren aussetzen, und für die Zurückgebliebenen, die ihre Angehörigen über Jahre nicht sehen – oder sie ganz verlieren.

Die Verschwundenen

Wir treffen Don Pantoleon am Marktplatz von San Martín. Er erzählt uns seine Geschichte. „Mein Sohn hat sich am 19. März 2010 mit sechs Freunden auf den Weg in die USA gemacht. Der Schwager hat alles organisiert, auch die Schlepper. Wir haben später erfahren, dass sie es über die mexikanische Grenze geschafft



Gemeinsam mit unseren Partnern führen wir insgesamt 5 Migrationsprojekte in Zentralamerika durch. Zu den konkreten Maßnahmen gehören:

- Aufklärungsarbeit zu sicherer Migration und Rechten von Migrant*innen
- Psychosoziale Betreuung von Familienangehörigen und Rückkehrer*innen sowie deren Reintegration
- Stärkung der Selbstorganisation von Gemeinden und Gruppen
- Alternativen zur Arbeitsmigration und Einkommen schaffende Maßnahmen
- Unterstützung bei der Suche nach vermissten Angehörigen
- Schutz auf den Migrationsrouten
- Politische Lobbyarbeit zum Schutz von Migrierenden

haben. In Tamaulipas wurden sie angehalten. Vier mussten in einen anderen Bus einsteigen, zwei wurden zurückgeschickt. Die haben uns erzählt, dass mein Sohn mitfahren musste“, sagt Don Pantoleon. Er ahnte, dass sein Sohn entführt worden war, und wartete auf ein Lebenszeichen.

Über einen Kontaktmann eines Drogenkartells kam die Lösegeldforderung. „Wir konnten 30 000 Quetzales aufbringen“, so Don Pantoleon. Die Familie verkaufte alles, was sie hatte, verschuldete sich und überwies das Geld. Nach zehn Tagen kam die Information, dass sein Sohn an der Grenze übergeben werde. „Ich habe ein Auto für den Tag organisiert. Um 3 Uhr nachts bin ich losgefahren und wartete noch auf den letzten Anruf“, so Don Pantoleon. Der Anruf kam nie. „Wir wussten immer noch nicht, ob unser Sohn lebt“, erzählt er sichtlich bewegt.

Vor zwei Jahren hat er über eine Hilfsorganisation eine DNA-Probe abgegeben, die mit der DNA der Toten verglichen wurde, die in den Grenzgebieten und Massengräbern in der mexikanischen Wüste gefunden werden. „Das Außenministerium sagte uns, dass sie die Überreste gefunden haben. Wir haben eine Urne mit der Asche und einem Foto unseres Sohnes bekommen. Aber wie kann ich jetzt meinen Sohn begraben? Wir müssen unsere toten Körper bestatten. Was, wenn er das gar nicht ist?“, erzählt Don Pantoleon. Er zweifelt daran, dass sein Sohn tatsächlich tot ist und gibt die Suche nicht auf. Im Dezember 2016 wurde er im Rahmen des Global Forum on Migration and Development nach Bangladesch eingeladen, um seine Geschichte zu erzählen.

An der Grenze zu Mexiko: solidarische Familien

Petén ist der nördlichste und größte Bundesstaat Guatemalas und grenzt an Mexiko. Es ist eine der meistfrequentierten Migrationsrouten in Zentralamerika. Wir sind mit Guillermo von unserer Partnerorganisation ACOMUMSAN im Ort Bethel verabredet, um gemeinsam solidarische Familien zu besuchen, die Migrant*innen auf ihrem Weg Unterschlupf gewähren und sie mit dem Nötigsten versorgen: Essen, Medikamente, aber auch

Informationen zu ihren Rechten als Migrierende und über sichere Migrationsrouten und Unterkunftsmöglichkeiten.

„Im Durchschnitt werden vier bis fünf Migranten pro Tag bei uns versorgt, kürzlich haben acht hier übernachtet“, sagt Reina Elvira. „Vor Trump waren es mehr. Unser Haus wird schon das Migrantenhaus genannt.“ Die Familie der 33-Jährigen ist eine von fünf solidarischen Familien in Bethel. Insgesamt werden 30 in der Region im Rahmen unseres Projekts unterstützt. Sie arbeiten eng zusammen und tauschen sich aus: Wenn kein Platz ist, werden sie an andere Familien in der Region verwiesen. Normalerweise bleiben Migrant*innen zwei Tage und ziehen dann weiter.

Carlos* ist bereits seit einem Monat bei Reina Elvira. In seiner Heimatstadt Cobán hat er keine Arbeit gefunden. Er will auf eigene Faust in die USA, um dort Geld zu verdienen und seine Familie zu unterstützen. Um seine Reise zu finanzieren, muss er auf dem Weg arbeiten. In Bethel hat er von den solidarischen Familien gehört und ist hier untergekommen. Er will weiterziehen, aber das Geld, das er als Tagelöhner verdient, reicht noch nicht aus. Deswegen ist er länger geblieben und hilft im Haushalt aus.

Warum machen die solidarischen Familien das? „Meine Eltern leben seit 49 Jahren hier. Seitdem nehmen wir Migranten auf. Ich habe Brüder, Söhne und Nichten, die bereits migriert sind. Ich weiß, was es bedeutet, gehen zu müssen“, so Reina Elvira. Alle Familien, mit denen wir auf unserer Reise sprechen, geben ähnliche Beweggründe an: eigene Migrationserfahrung und Solidarität mit Menschen, die in Not sind. Mit der Unterstützung von AWO International werden die solidarischen Familien in ihrer Selbstorganisation gestärkt, erhalten Fortbildungen zu den Themen Rechte und medizinische Basisversorgung und werden bei der Ausstattung unterstützt.

Vassilios Saroglou

*Namen wurden geändert

DAS LEID PHILIPPINISCHER HAUSHALTSHILFEN

Seit 2012 verlassen jährlich fast 2 Millionen Menschen in den Philippinen aus Mangel an Perspektiven ihr Land, um im Ausland zu arbeiten. Für Frauen ist die Situation noch prekärer: Obwohl sie meist besser ausgebildet sind als Männer, sind ihre Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt aufgrund von Geschlechterdiskriminierung noch schlechter.

Die Arbeit als Haushaltshilfe gehört zu den größten Beschäftigungsfeldern für Arbeitsmigrant*innen: Im Jahr 2015 sind etwa 200 000 Menschen ausgereist, etwa 56 Prozent waren weiblich. Die Arbeit von Haushaltshilfen wird kaum anerkannt und ist oftmals von Arbeits- und Sozialgesetzen ausgeschlossen.

Die Philippine Overseas Employment Administration (POEA) ist die staatliche Institution, über die Arbeitsmigration gesteuert und geregelt wird. Die Vermittlung selbst erfolgt meist über Arbeitsagenturen. Die POEA wurde 1982 unter anderem auch gegründet, um dem Menschenhandel entgegenzutreten und

gesetzliche Regelungen zum Schutz von Arbeitsmigrant*innen zu schaffen. Leider werden diese Vorgaben nicht immer umgesetzt. Kommunen fehlt es an Wissen, Personal und Geld, um Vorbereitungs-, Schutz- und Reintegrationsmaßnahmen für Arbeitsmigrant*innen umzusetzen. Verstöße von Vermittlungsagenturen bleiben oft folgenlos. Insgesamt zeichnet sich der Sektor durch ein hohes Maß an Korruption aus. Leidtragende sind die Migrant*innen und ihre Familien, die sich häufig verschulden, um die von Vermittlungsagenturen illegal erhobenen hohen Gebühren zu bezahlen. Insbesondere weibliche Hausangestellte im Ausland stehen unter Druck, längerfristig in ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen zu bleiben, um mit ihrem Gehalt die von ihren Familien aufgenommenen Kredite zurückzuzahlen.

Häufig kommt es auch vor, dass legal ausgereiste Migrant*innen in den Zielländern selbst zu irregulären Migrant*innen werden: Zum Beispiel, wenn sie von den Agenturen illegal rekrutiert werden oder in Länder geschickt werden, die auf der schwarzen Liste der philippinischen Regierung stehen bzw. mit denen es keine offiziellen Abkommen gibt. Oder wenn Haushaltshilfen von Arbeitgeber*innen weglaufen, weil sie missbraucht werden,

und damit die Gefahr besteht, aufgrund des Kafala-Systems verurteilt zu werden. Insgesamt wird die Anzahl der philippinischen Migrant*innen, die irregulär und ohne Papiere im Ausland leben, auf etwa 1,2 Millionen geschätzt.

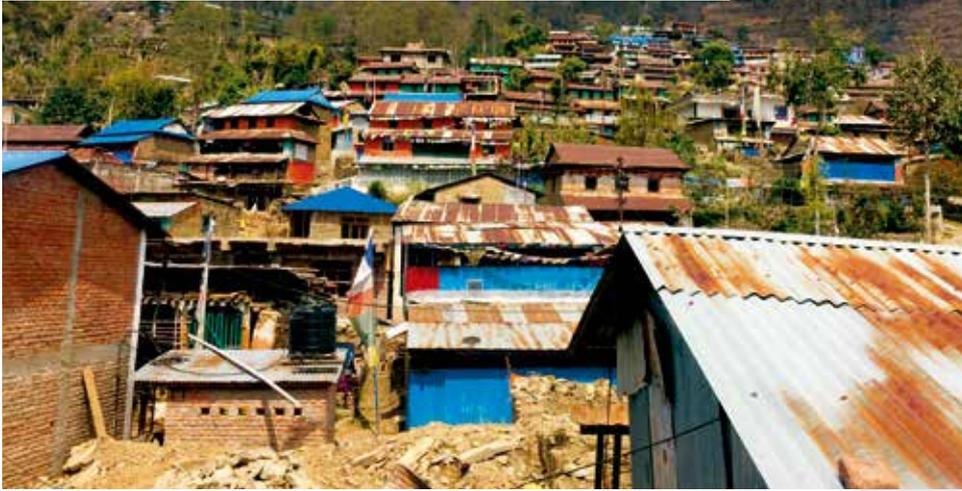
Schon für die legal ausgereisten Haushaltshilfen ist die Arbeits- und Lebenssituation in den Zielländern oftmals schwierig: Sobald ihr Status durch die genannten Gefahren „irregulär“ wird, sind sie besonders gefährdet, weil sie kriminalisiert und inhaftiert werden können. Aus Angst, den Behörden gemeldet zu werden, können sie sich kaum wehren gegen die Ausbeutung und den Missbrauch seitens der Arbeitgeber*innen und Agenturen, die diese Situation ausnutzen. Sie haben keinen Zugang zu sozialen Leistungen und Rechtsberatungen.

Die philippinische Nichtregierungsorganisation Center for Migrant Advocacy (CMA) nimmt sich dieser Problematik an, unterstützt notleidende Migrant*innen, klärt sie über Rechte auf und stärkt sie dabei, diese wahrzunehmen. CMA leistet zudem anwaltschaftliche Arbeit und setzt sich für den Schutz und die Anerkennung der Grundrechte von Migrant*innen ein, um deren Situation zu verbessern.

Rose Ann Cruz



Die Zerstörungen nach dem Erdbeben sind noch immer sichtbar. AWO International unterstützt den Wiederaufbau und führt ein Vorsorgeprojekt durch, damit die Bevölkerung besser auf Naturkatastrophen vorbereitet ist.



WIEDERAUFBAU UND KATASTROPHENVORSORGE

Auch zwei Jahre nach dem schweren Erdbeben in Nepal sind die Folgen im Land unübersehbar. Die staatlichen Wiederaufbauarbeiten laufen nur langsam an, insbesondere in den Regionen außerhalb Kathmandus gibt es zahlreiche Dörfer, die weiterhin auf Unterstützung angewiesen sind. Gemeinsam mit lokalen Nichtregierungsorganisationen unterstützt AWO International den Wiederaufbau und engagiert sich in der Katastrophenvorsorge.

Die Gebirgsregion Nuwakot gehörte zu den vom Erdbeben am schwersten betroffenen Distrikten des Landes. In den Dörfern Bungtang und Kintang im Nordosten wurden mehr als 1400 Häuser zerstört. Außerdem wurden Schulen, öffentliche Gebäude, Gesundheitsstationen und die elektrische Versorgung beschädigt. Aufgrund der zerstörten Infrastruktur sind die Dörfer nur schwer erreichbar und haben bisher nur wenig von der Wiederaufbauhilfe profitiert. Dabei ist der Bedarf weiterhin enorm.

Schon vor dem Erdbeben war die Ernährungssituation in den Dörfern prekär: Nur etwa 30 Prozent der Bevölkerung konnten durch den Anbau landwirtschaftlicher Produkte wie zum Beispiel Reis oder

Weizen ihren Lebensunterhalt ganzjährig sichern. Das Beben zerstörte die Felder und vernichtete die Ernten. Noch immer ist der Anbau nur eingeschränkt möglich. Sobald die eigene kleine Ernte verbraucht ist, müssen die Bauern teure Lebensmittel auf nahe gelegenen Märkten kaufen. Der Distrikt wird regelmäßig von Überflutungen und Erdbeben während der Regenzeit und von Bränden in der Trockenzeit heimgesucht. Auch die Gefahr weiterer Erdbeben besteht.

In Zusammenarbeit mit unseren nepalesischen Partnerorganisationen SARBODAYA und CARDSN haben wir im Februar 2017 ein neues Hilfsprojekt im Nordosten von Nuwakot gestartet, das insbesondere Frauen, Menschen mit Behinderungen und Jugendliche mit einbezieht. In den Dörfern Bungtang und Kintang unterstützen wir den Wiederaufbau und führen

ein Programm zur Katastrophenvorsorge durch. Im Rahmen des Projektes werden Einkommen schaffende Maßnahmen in der Landwirtschaft gefördert und Saatgut

”

Das Erdbeben war ein großer Schock für mich und meine Familie. Bis heute versuchen wir uns davon zu erholen. Es ist wichtig, dass die Menschen in unserem Dorf lernen, sich vor den ständig wiederkehrenden Erdbeben zu schützen, und im Notfall reagieren können.

“

Die 26-jährige Fulmaya Thamang arbeitet bei unserem Partner SARBODAYA und führt gemeinsam mit Expert*innen der Katastrophenvorsorge Trainings und Aufklärungsworkshops durch.

sowie Nutztiere verteilt. Zudem wird der Bau von erdbeben- und erdbebenfesten Bewässerungssystemen unterstützt.

Damit die Bevölkerung besser auf Naturkatastrophen vorbereitet ist und Auswirkungen minimiert werden, wird in den Dörfern zusätzlich ein Vorsorgeprojekt implementiert. Hierbei werden Trainings für Dorfbewohner*innen und Dorfräte angeboten, lokale Strukturen und Frühwarnsysteme gestärkt und Katastrophenreaktionsteams gegründet und ausgebildet, die im Falle einer Naturkatastrophe einsatzfähig sind, um Menschenleben zu retten und die Zerstörung der lokalen Infrastruktur möglichst einzudämmen.

Katrin Schweppe



Ernährung und Hygiene: Mit dem Hilfsprojekt unterstützen wir mehr als 25 000 Kinder und Jugendliche.



HUMANITÄRE HILFE • UGANDA

HUNGERKRISE IN AFRIKA HUMANITÄRE HILFE FÜR GEFLÜCHTETE

Die Lage in vielen Regionen in Ost- und Zentralafrika ist dramatisch: Bis zu 23 Millionen Menschen sind aufgrund einer anhaltenden Dürre und kriegerischer Konflikte von einer Hungersnot bedroht. AWO International ruft zu Spenden auf und unterstützt südsudanesische Flüchtlinge in Flüchtlingslagern in Uganda.

Die südsudanesische Bevölkerung leidet: an der langanhaltenden Hungersnot und an dem brutalen Bürgerkrieg. Plünderungen, sexuelle Übergriffe, Folter und Tötungen durch bewaffnete Gruppen sind alltäglich. Kleinbäuerinnen und -bauern bewirtschaften aus Angst vor Übergriffen ihre Ländereien nicht. Unzureichende Regenfälle infolge des Klimaphänomens El Niño beeinträchtigen bereits Ernten im Vorjahr. Zusätzlich schlagen sich Inflation und hohe Treibstoffpreise auf die Lebensmittelpreise nieder. Aus keinem anderen Land flüchten im Moment mehr Men-

schen, erklärte das Flüchtlingshilfswerk UNHCR im März 2017 in Genf. Insgesamt flohen den Angaben zufolge seit Beginn der Kämpfe Ende 2013 rund 1,6 Millionen Menschen nach Uganda, aber auch in Nachbarländer wie den Sudan, Äthiopien und Kenia. Im Land selbst sind 2,1 Millionen Menschen auf der Flucht.

Der Bürgerkrieg und die anhaltende Dürre treiben die Menschen über die Grenzen. Im Norden Ugandas hat die Situation einen kritischen Punkt erreicht. Dort kommen täglich im Schnitt 2800 Menschen an, im Februar haben an einem Tag mehr als 6000 Menschen Schutz gesucht. 800 000 Flüchtlinge befinden sich bereits im Land, 80 Prozent von ihnen sind Frauen und Kinder. Aufgrund der akuten Hungerkatastrophe und ohne ein Ende des Konflikts in Sicht wird Uganda auch weiterhin Zehntausende südsudanesischer Flüchtlinge im Laufe des Jahres aufnehmen. Laut UNHCR könnte die Anzahl innerhalb eines Jahres die Millionenmarke überschreiten.

Gerade in Krisensituationen bieten Schulen den Kindern ein wenig Normalität und Fürsorge.

AWO International unterstützt ein Projekt der Nichtregierungsorganisation Right to Play Uganda im Norden des Landes nahe der südsudanesischen Grenze. In den Flüchtlingsiedlungen Maaji, Agojo, Mungula und Pagirinya im Adjumani-Distrikt erhalten Kinder und Jugendliche Schulmahlzeiten mit dem Ziel, die Ernährung zu sichern und einen Anreiz zu schaffen, dass eine größere Zahl der geflüchteten Kinder und Jugendlichen zur Schule geht. Zudem werden Hygienemaßnahmen in den Siedlungen durchgeführt, um Erkrankungen vorzubeugen. Dabei erhalten insbesondere Kinder und Jugendliche Trainings im Bereich Hygiene. Insgesamt unterstützen wir mit unserem Projekt 25586 Kinder und Jugendliche, darunter 17910 südsudanesischer Flüchtlinge und 7676 Kinder und Jugendliche der aufnehmenden ugandischen Gemeinden. Das Projekt wird mit Spenden und Mitteln von Aktion Deutschland Hilft finanziert.

Katrin Schweppe

Unsere Partnerorganisation Right to Play arbeitet seit 2001 in Uganda im Bereich Kinder und Jugendliche in Notsituationen.

KINDER- UND JUGENDINITIATIVEN IN ZENTRALAMERIKA



Die Situation von Kindern und Jugendlichen in Zentralamerika ist oftmals sehr schwierig: Sie haben wenig Teilhabe und Räume, um sich zu entwickeln, kaum Chancen und Perspektiven und leben in einem Umfeld, das von Gewalt geprägt ist. Doch viele Jugendliche versuchen, einen Ausweg aus diesem Kreislauf von Armut, Gewalt und Perspektivlosigkeit zu finden: Sie organisieren sich und setzen sich für ihre Rechte ein. Sie übernehmen Verantwortung für sich, ihre Familien und ihre Gemeinden.

Gemeinsam mit unseren Partnerorganisationen unterstützen wir sie im Rahmen unseres Programms zur Jugendförderung und Gewaltprävention. Seit 2012 bieten wir engagierten Jugendlichen mit Spenden aus dem Kinder- und Jugendfonds die Möglichkeit, selbstständig eigene kleine Projekte durchzuführen. Seitdem wurden insgesamt 38 Projekte umgesetzt. Die Bandbreite der Initiativen ist dabei sehr vielfältig: von Freizeitaktivitäten über Einkommen schaffende Maßnahmen bis hin zu Bildungsangeboten.

„Für mich war es eine spannende Erfahrung, dass wir als Jugendliche die Verantwortung für unser eigenes Projekt übernehmen konnten. Ich habe dabei sehr viel gelernt – von der Projektplanung bis

hin zur Umsetzung“, berichtet Ana. Gemeinsam mit anderen hat sie in ihrer Gemeinde Dimitrov in Nicaragua Nachhilfeunterricht für Kinder angeboten.

„Wir hatten den Wunsch, Kinder zum Lesen zu animieren. Dabei war es uns wichtig, dass die Lesestunden keine Pflichtveranstaltung sind. Die Kinder sollen Spaß am Umgang mit Büchern entwickeln“, erzählt Hernestina, eine der Teilnehmer*innen der Jugendinitiative in Nicaragua. Mit der Unterstützung haben sie eine Minibibliothek aufgebaut: Kinder, Jugendliche und ihre Familien haben die Möglichkeit, hier zusammenzukommen, um gemeinsam zu lesen, zu spielen und zu lernen. In diesem Rahmen bieten die Jugendorganisationen Kindern aus ihren Gemeinden Lesestunden an und versuchen, ihnen anhand der Lektüre spielerisch thematische Inhalte näherzubringen. Gleichzeitig verfolgen sie das Ziel, den Kindern durch das Freizeitangebot Alternativen aufzuzeigen.

„Viele Jugendliche in unserer Gemeinde rutschen in kriminelle Jugendbanden ab“, berichtet Andrés. Er engagiert sich bei der Jugendinitiative in Carranza, Guatemala, die auch eine Jugendbibliothek eröffnet

hat. „Damit wollen wir bereits Kinder frühen Alters erreichen und ihnen Werte vermitteln. Wir wollen damit ein Bewusstsein für die Gefahren auf der Straße entwickeln.“ Anstelle von Langeweile und der Gefahr, sich kriminellen Jugendbanden anzuschließen, sollen die Kinder gemeinsam mit ihren Eltern, anderen Kindern und Jugendlichen spielerisch lernen und sich in ihrer Freizeit sinnvoll beschäftigen.

Von Jugendlichen für Kinder und Jugendliche: 38 Projekte wurden bisher unterstützt.

Helen ist neun Jahre alt und kommt regelmäßig zur Lesestunde in die Minibibliothek in Mateare, Nicaragua. „Ich habe schon die meisten Bücher gelesen. Ich würde mich freuen, wenn wir neue Bücher bekommen, um neue Geschichten zu lesen“, erzählt uns Helen und spielt dann lächelnd mit den anderen Kindern weiter.

*Lydia Guba,
Victoria Baumann*

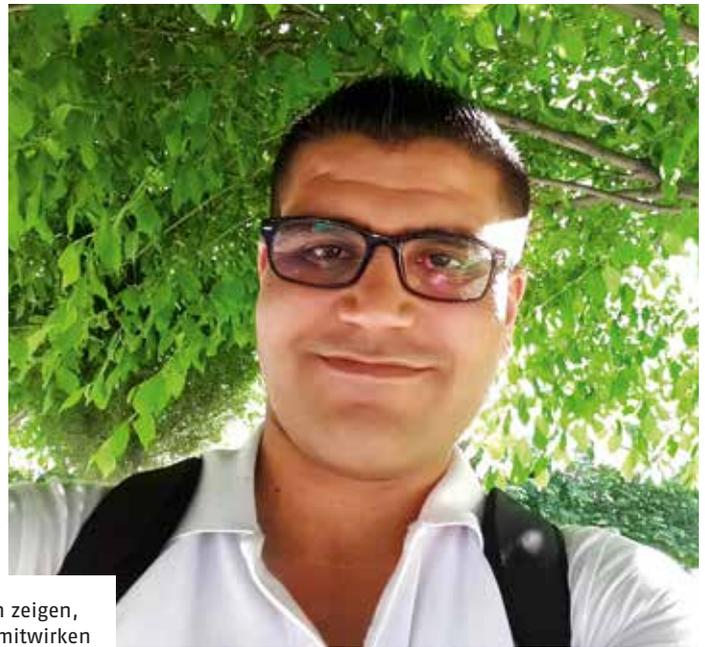
Die Projekte werden mit Spenden aus dem Fonds für Kinder und Jugendliche gefördert. Unterstützen Sie uns dabei!

Spendenkonto AWO International:
Stichwort „Fonds für Kinder und Jugendliche“
IBAN: DE83 1002 0500 0003 2211 00



Links: Lesen, spielen, lernen: die Minibibliothek in Nicaragua. Rechts: Pedro und seine Jugendgruppe Luz Y Esperanza haben eine Minibibliothek in Carranza, Guatemala eröffnet.





„Für das herzliche Willkommen, das ich hier in Deutschland erfahren durfte, möchte ich zeigen, dass wir die Qualifikation und die Fähigkeit besitzen, an einer gelungenen Integration mitwirken zu können“, so Mohammed (l.), der, wie auch Anwar (r.), am Projekt teilnimmt.

NEUE BILDUNGSPERSPEKTIVEN FÜR FLUCHT UND MIGRATION

Fragen nach direkten und indirekten Ursachen für Flucht und Migration, Push- und Pull-Faktoren und nach der Rolle von Deutschland als Einwanderungsland beschäftigen die Bildungslandschaft nicht erst seit Sommer 2015. Dennoch nahmen die Auswirkungen ungerechter globaler Verhältnisse und die Folgen von Kriegen und sogenannten „bewaffneten Konflikten“ selten so konkrete Formen an wie seit zwei Jahren.

Die Flucht- und Einwanderungsbewegungen nach dem Zweiten Weltkrieg, nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und die unmittelbaren Folgen der Jugoslawienkriege sind im öffentlichen Bewusstsein entweder einige Etagen tiefer gerückt oder dienen als ungeeigneter Referenzrahmen zum Vergleich heutiger Verhältnisse.

Zunehmend erleben wir die Auswirkungen der globalen Vernetzung und stehen

dabei doch global betrachtet auf der Seite der Gewinnenden. Gerade erst wurden Rekordzahlen verkündet: Der „Exportweltmeister Deutschland“ lebt vom globalen Verkauf seiner Produkte. Doch nicht nur in Europa werden verschiedene Dimensionen dieser Globalisierung unterschiedlich bewertet: Während sich der freie Austausch von Waren, Dienstleistungen und Kapital überwiegend hoher Beliebtheit erfreut, erfährt der „freie Verkehr von Menschen“ in der öffentlichen Wahrnehmung weltweit einen Rückschlag nach dem anderen. Eine Mauer zwischen den USA und Mexiko, Zäune in Europa, Einwanderungskritik als eines der tragenden Argumente im Brexit-Prozess, sich zuspitzende Konflikte mit Eingewanderten und Geflüchteten in Südafrika – weltweit können wir beobachten, dass der „Faktor Mensch“ immer öfter Auslöser für kritische Auseinandersetzungen und Konflikte wird.

Wenn wir in den kommenden Jahrzehnten die globalen Nord-Süd-Beziehungen fundamental verändern, Kriege nachhaltig beenden und Ressourcen gerecht verteilen können, gelingt es uns auch, Push- und Pull-Faktoren für Flucht und Migration nachhaltig zu verändern.

Unabhängig davon gilt es für uns, postkoloniale und rassistische Grundhaltungen zu erkennen und „unsere Rolle in der Welt“ – gestern, heute und morgen – kritisch zu hinterfragen. Wir möchten gemeinsam mit dem EPIZ Berlin zu einer sachlichen Flucht-, Migrations- und Inklusionsdebatte beitragen und haben dazu das Projekt „Neue Perspektiven“ ins Leben gerufen.

Bis Ende des Jahres werden Multiplikator*innen mit und ohne Flucht- und Migrationsgeschichte gemeinsam neues Bildungsmaterial und ein Workshopkonzept entwickeln und ab 2018 Workshops und Seminare innerhalb und außerhalb unseres Verbandes zum Thema anbieten können. Ziel ist es, unterschiedliche Zielgruppen über globale Hintergründe von Flucht und Migration zu informieren und gemeinsam eine Debatte darüber anzustoßen, wie wir zu einer nachhaltigen und gerechten gesellschaftlichen Entwicklung in Deutschland und weltweit beitragen können. Persönliche Erfahrungen und Perspektiven der Multiplikator*innen mit Fluchtgeschichte werden im Vordergrund stehen, ohne dabei globale Entwicklungen außer Acht zu lassen.

Roman Fleißner

Wir freuen uns über Ihre Rückmeldung, falls Sie oder Ihr AWO-Verband Interesse an einem Tandem-Einsatz im Jahr 2018 haben!

Ansprechpartner: Roman Fleißner,
roman.fleissner@awointernational.de,
Tel.: 030 25292 364



Hilfe auf dem Mittelmeer

Mehr als 1000 Menschen sind seit Anfang 2017 beim Versuch, das Mittelmeer zu überqueren, ums Leben gekommen. Im Jahr 2016 waren es mehr als 5000 Tote. Die Internationale Organisation für Migration (IOM) schätzt, dass seit 2002 etwa 46 000 Menschen ertrunken sind. Vor den Augen der europäischen Öffentlichkeit spielt sich seit Jahren eine humanitäre Tragödie ab, aber bis heute wurden seitens der Regierungen keine offiziellen Strukturen der Seenotrettung geschaffen, um das Sterben auf dem Mittelmeer zu verhindern oder zumindest einzudämmen.

Seit Februar 2016 ist das Rettungsschiff Aquarius von SOS MEDITERRANEE mit Unterstützung von AWO International auf dem Mittelmeer unterwegs. In mehr als 86 Rettungseinsätzen hat das Team 11 069 Menschen aus akuter Seenot gerettet, 4598 Menschen von anderen Schiffen übernommen und damit insgesamt 15 667 Menschen an Bord versorgt. Vier Kinder kamen auf der Aquarius zur Welt. „Die Bilanz nach über einem Jahr Seenotrettung auf dem Mittelmeer bestätigt uns, dass die Hilfe dort dringend erforderlich ist. Tausende Menschen fliehen vor Krieg und Gewalt und sterben, weil Europa wegsieht. Es ist unsere humanitäre Pflicht, diesen Menschen zu helfen. Deswegen unterstützen wir auch weiterhin SOS MEDITERRANEE“, so Ingrid Leberherz.



Haiti: Unterstützung nach dem Hurrikan

Im Oktober 2016 traf Hurrikan Matthew auf Haiti und hinterließ massive Zerstörungen. Haiti gehört zu den ärmsten Ländern der Welt und hat sich vom schweren Erdbeben 2010 noch nicht erholt. AWO International hat in Zusammenarbeit mit dem ASB unmittelbar nach dem Hurrikan ein Projekt gestartet, um die Trinkwasserversorgung der am stärksten betroffenen Bevölkerung in Saint-Louis-du-Sud im Süden von Haiti zu sichern.

Mit der Unterstützung wurden Wasserauffangsysteme, Rohrleitungen sowie Wassereinzugsanlagen in Corail Henry, Saint-Louis-du-Sud, in Saint-Jean-du-Sud und in Tiburon installiert. Durch die Projektmaßnahmen wird fließendes Wasser für die kommunalen Sanitäreinrichtungen mit Handwaschstationen sowie sauberes Trinkwasser durch die Installationen von Mini-Wasserfilteranlagen gewährleistet. Zudem wurden für 50 Prozent der Bevölkerung Hygieneschulungen durchgeführt und Basiskenntnisse in Hygiene vermittelt.

„Von meinen Eltern habe ich gelernt, dass man Menschen, die bedürftig sind, hilft. Auch in meiner Familie sind einige migriert. Es hat mich sehr bedrückt zu sehen, dass Migranten überfallen werden, wenn sie auf der Straße übernachten. Das wenige, das diese Menschen haben, wird ihnen genommen. Deswegen habe ich vor 15 Jahren angefangen, Migranten aufzunehmen, ihnen einen Schlafplatz in der kleinen Hütte anzubieten und sie mit Essen zu versorgen.“



Donna Filomena: Die 63-Jährige wohnt in La Técnica in der Provinz Petén und unterstützt gemeinsam mit weiteren solidarischen Familien Migrant*innen, die auf dem Weg nach Mexiko und in die USA sind.



Glückwünsche und Ehrungen für Rudi Frick

Der AWO Bezirksverband Rheinland überraschte den Vorstandsvorsitzenden Rudi Frick zu seinem 70. Geburtstag am 19. März mit einer großen Feier und Benefizveranstaltung zugunsten von SOS MEDITERRANEE. Neben zahlreichen Glückwünschen aus aller Welt wurde Rudi Frick für sein jahrzehntelanges Engagement geehrt. „Wir möchten seinen außerordentlichen Einsatz, seine ständige Bereitschaft, für die Werte und Ziele der AWO einzutreten, und nicht zuletzt seinen immer wertschätzenden, respektvollen Umgang in den Begegnungen mit Menschen würdigen“, erklärte AWO-Präsident Schmidt bei der Verleihung der Marie-Juchacz-Plakette. Es ist die höchste Auszeichnung der AWO. Zuvor wurde Frick für seine Verdienste als Kommunalpolitiker mit dem Glaswappen der Stadt Bad Neuenahr-Ahrweiler ausgezeichnet.

300. Mitglied!

Im April hatten wir einen besonderen Grund zur Freude: Wir konnten den AWO Kreisverband Coesfeld als 300. Mitglied von AWO International begrüßen. 300 Mitglieder – das sind 300 Botschafter*innen in der AWO, die sich für eine gerechte Welt einsetzen. Und wann sind Sie dabei? Jetzt Mitglied werden!



#awogegenrassismus

AWO International beteiligte sich auch in diesem Jahr wieder an der Aktion „AWO gegen Rassismus“. Unsere Kolleginnen machten dabei deutlich, was sie von Rassismus halten: „Rassismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!“



#whatmakesmehappy

Zum Internationalen Tag des Glücks am 20. März haben wir Menschen in unseren Projekten und Kolleg*innen gefragt: Was macht euch glücklich? Hier die Antworten in Bildern.



Syrien-Aktion: „Uns sind die Hände gebunden“

Unter dem Motto „Uns sind die Hände gebunden“ versammelten sich am 9. März mehr als 100 humanitäre Helfer*innen vor dem Bundestag. Sie forderten für Millionen eingeschlossene Menschen in Syrien freien humanitären Zugang und machten darauf aufmerksam, dass in Syrien weiterhin etwa 5 Millionen Menschen in 13 belagerten und schwer erreichbaren Gebieten ausharren.

„Wir appellieren an die Bundesregierung und die internationale Gemeinschaft, alles dafür zu tun, den humanitären Zugang sicherzustellen und das Völkerrecht zu wahren. Aleppo ist bis heute Inbegriff des Grauens, das Menschen erleben, die ständig beschossen werden und komplett eingeschlossen sind. In Syrien gibt es jedoch insgesamt 13 Orte wie Aleppo“, so die Hilfsorganisationen. Bei der Aktion standen die Mitarbeiter*innen der Hilfsorganisationen nebeneinander, ihre Hände mit rotem Seil verbunden. Gleichzeitig wurden Schlagzeilen von Pressemeldungen und Statements vorgelesen, die die Organisationen in den letzten sechs Jahren Krieg verschickt haben – eine Chronologie des Horrors und der größten humanitären Krise unserer Zeit.

INTERNATIONALE PROJEKTE UNSERER MITGLIEDER



DAOS Children Home: Zukunft für benachteiligte Kinder

Bessere Zukunftsperspektiven für benachteiligte Waisenkinder aus armen Verhältnissen: mit diesem ambitionierten Ziel startete Luisa Frick, dank tatkräftiger Unterstützung vieler lokaler Partner, 2014 das Projekt „DAOS Children's Centre“. Gefährliche Schulwege, Obdachlosigkeit, die hohe Kriminalität und das Ausnutzen von Waisenkindern in anderen Unterkünften – diese furchtbaren Lebensumstände brachten Luisa dazu, erste Spenden zum Bau eines Hauses zu organisieren. Darauf aufmerksam wurde sie während eines Praktikums in Likoni (Kenia), das sie im Rahmen ihres Studiums der Sozialen Arbeit absolvierte. Durch den Bau eines Hauses wird nun ein sicherer Wohnraum für die Kinder entstehen. Darüber hinaus sollen die Mädchen und Jungen auch einen Zugang zu Bildung und einer gesicherten Versorgung erhalten.

Die AG „AWO International“ des AWO Kreisverbands Karlsruhe-Stadt e. V. hat nun die Patenschaft für das Projekt übernommen und entwickelte gemeinsam mit Luisa Frick Ideen für die Weiterentwicklung des Projekts, die es nun Schritt für Schritt umzusetzen gilt. Bei ihrem letzten Besuch im Oktober



2016 konnte Luisa Frick bereits einige der gemeinsam in der AG erarbeiteten Ziele verwirklichen. Beispielsweise wurde weiter an der Einrichtung des Hauses gearbeitet, in dem bis zu 20 benachteiligte Kinder ein Zuhause finden sollen. Ein Highlight des letzten Besuchs war das Verteilen von Luftballons an die Schüler*innen der anliegenden Schule. Die bunten Ballons mit dem herzlichen AWO-Logo sorgten für Hunderte lachende Kindergesichter, viele lustige Spiele auf dem Schulhof und Freudenausbrüche in den Klassenzimmern.

Die Spenden, die gesammelt wurden, fließen bei dem nächsten Besuch von Luisa Frick in die Fertigstellung der Inneneinrichtung und das Anschaffen von alltäglichen Dingen, die die Kinder benötigen. Der Name der Einrichtung soll in „DAOS Children Home“ geändert werden, da aus dem Centre nun ein Zuhause für die Kinder entsteht. Außerdem wird auch noch nach einer Lösung für die Betreuung der Kinder gesucht. Der Lebensunterhalt der Kinder soll langfristig durch Patenschaften in Deutschland gesichert sein.

Weitere Informationen erhalten Sie unter: daos@awo-karlsruhe.de.

Impressum

Herausgeber:

AWO International e. V.
Blücherstr. 62/63
10961 Berlin
Tel.: 030/25 292 771
Fax: 030/25 292 571
mail@awointernational.de
www.awointernational.de

Erscheinungsweise:

zweimal jährlich,
Mitglieder und Spender*innen
erhalten den weitblick kostenlos.
Gesamtauflage: 10 000 Exemplare.

Verantwortlich für den Inhalt:

Ingrid Leberz

Redaktion: Vassilios Saroglou

Bildnachweis:

S. 10 Right to Play Uganda, Aktion
Deutschland Hilft/Max Kupfer, S. 12 Privat,
S. 13 SOS MEDITERRANEE/Isabelle Serro,
Markus Nowak/textbildton.net,
S. 14 Monique Haas, AWO Bundesverband,
S. 15 Luisa Frick/
AWO Kreisverband Karlsruhe-Stadt e. V.,
S. 16 Aktion Deutschland Hilft/Max Kupfer.
AWO International,
wenn nicht anders angegeben.

Layout: Marischka Lutz,
www.marischkalutz.de

Lektorat: Patrick Schär

Druck: Medialis Offsetdruck GmbH, Berlin
Gedruckt auf Recyclingpapier

ClimatePartner^o
klimaneutral

Druck | ID: 10884-1203-1001



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung



solidar



HUNGERSNOT IN AFRIKA



International e.V.

Die Lage in vielen Regionen Ost- und Zentralafrikas ist dramatisch: Mehr als 23 Millionen Menschen sind aufgrund anhaltender Dürren und kriegerischer Konflikte von einer Hungersnot bedroht. Unterstützen Sie die Menschen mit Ihrer Spende!



Vielen Dank für Ihre Spende!

Spendenkonto

IBAN:

DE83 1002 0500 0003 2211 00

BIC: BFSWDE33BER

**Bank für
Sozialwirtschaft**